

Berliner Büro
Stabsstelle Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Reinhardtstraße 13
10117 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin
Anja Stoiser
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43
Telefax 030 28 44 47-55
anja.stoiser@caritas.de
www.caritas.de

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressekonferenz 18. Delegiertenversammlung 2018

Donnerstag, 18. Oktober 2018, Osnabrück

Statement Präsident Prälat Dr. Peter Neher

Digitale Transformation: Herausforderungen für die Caritas

Dass die Digitalisierung unser Leben verändert, ist mittlerweile eine Binsenweisheit. Interessanter wird es, wenn wir uns klar machen, wo sie bereits zu großen Veränderungen geführt hat. Ich weiß so gut wie sie, dass vor 15 Jahren das Equipment von Journalisten, die an einer Pressekonferenz teilnahmen, anders ausgesehen hat. Auch im sozialen Bereich haben wir einen großen Wandel erlebt. Pflegedienste organisieren Dienstpläne per Smartphone. Freiwilliges Engagement findet genauso in den sozialen Medien statt wie die Kampagnenarbeit, die auf aktive Beteiligung setzt. Gleichzeitig führt diese Schnelligkeit zu Unübersichtlichkeiten und Verunsicherungen.

Dieser Herausforderung wollen wir uns beispielsweise bei der Reorganisation unserer Online-Beratung stellen. Hier gilt es, die Kompetenzen der Beraterinnen und Berater mit den digitalen Möglichkeiten zu verknüpfen. Eine Beratung, die on- und offline agiert, kann ihre Unterstützung dort zur Verfügung stellen, wo das Leben der Menschen stattfindet und Hilfe benötigt wird. Das hat auch Konsequenzen für unsere Einrichtungen und Dienste. Die verbandliche Caritas wird mehr Anstrengungen unternehmen müssen, Fachkräfte zu qualifizieren und Hilfesuchende digital zu befähigen. Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, wie die Digitalisierung unsere Arbeit bereichern kann:

- In Werkstätten der Caritas im Bistum Münster werden beispielsweise 3D-Drucker eingesetzt, um Arbeitshilfen oder Bausteine für die Menschen mit Behinderung herzustellen.
- In einem Kölner Altenzentrum werden Virtual-Reality-Brillen verwendet, damit ein Rundgang durch den Kölner Dom auch dann möglich ist, wenn der Ausflug körperlich nicht mehr machbar ist.
- In einer Einrichtung der Caritas im Erzbistum München-Freising wird ein Pflegeroboter in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) getestet, der die Arbeit der Pflegekräfte unterstützen soll.

Dabei hat Netzpolitik immer auch eine sozialpolitische Dimension. Denn die digitale Teilhabe ist zu einer zentralen Voraussetzung für soziale Teilhabe geworden. Es wird noch wichtiger

werden, dass Menschen digitale Kompetenzen erwerben. Dies betrifft Schulen genauso wie lebenslanges Lernen. Da die Weiterbildung häufig am Arbeitsplatz stattfindet, wird es eine Aufgabe sein, Langzeitarbeitslose, Niedrigqualifizierte und ältere Menschen weiterzubilden. Die Sozialpolitik ist aber auch angesichts sich verändernder Erwerbsbiografien gefragt. Eine Mischung aus selbstständigen und abhängigen Erwerbsformen wird zunehmen. Die Organisation einer auskömmlichen Altersvorsorge ist angesichts dieser Formen hybrider Selbstständigkeit eine Herausforderung. Von daher setzen wir uns für die Einbeziehung aller Erwerbseinkommen ein.

Die Digitalisierung aktiv mitzugestalten, heißt aber auch, eine wahrnehmbare Stimme in öffentlichen Debatten zu sein. Dabei stellen sich natürlich gerade auch für uns theologisch begründete ethische Fragen: Welche möglicherweise neuen Nöte bedrängen und gefährden Menschen durch die Digitalisierung? Wie wirkt sie sich materiell, psycho-sozial und spirituell auf die Menschen unserer und künftiger Generationen aus? Wo gilt es, Not zu sehen und zu handeln, auch unter Nutzung der neuen digitalen Möglichkeiten?

Und welche ethische Orientierung können wir angesichts der Ambivalenzen der Digitalisierung geben? Was bedeuten zentrale ethische Begriffe wie Freiheit, Unverfügbarkeit und Selbstbestimmung angesichts von Algorithmen, die Menschen kategorisieren und bewerten, ohne dass sie davon wissen? Wie kann Autonomie und nicht Fremdbestimmung gefördert werden, um demokratische Strukturen statt Intoleranz, Authentizität statt Inszenierung und Teilhabemöglichkeiten statt Ausgrenzung zu stärken?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen ist klar, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Zivilgesellschaft angesichts von Fake News und unkontrollierten Algorithmen und Bots gefordert ist. Die kommende Europawahl wird hier ein wichtiger Testfall.

Europa: kein Raum für populistische Spaltungen

Nach Jahrzehnten der europäischen Einigung ist es um die große Erzählung von Europa als Friedensprojekt ruhig geworden. Eine andere Erzählung haben wir Europäer aber auch nicht. Schlimmer noch: ein Erfolg der Europagegner ist bei den Wahlen zum Europaparlament im Mai nächsten Jahres ein ernstzunehmendes Szenario. Unter dem Motto #care4EU wird die verbandliche Caritas im Vorfeld der Europawahlen dafür werben, zur Wahl zu gehen und sich für ein soziales Europa einzusetzen. Dies wird beispielsweise durch eine Homepage zu den Europawahlen und den Twitter-Hashtag #care4EU geschehen.

Nach wie vor feiern die populistischen Parteien Europas große Erfolge und entwerfen Krisenszenarien, auf die nur mit Abwehr und Abgrenzung reagiert werden kann. In einer Position zum Umgang mit populistischen Parteien haben wir uns eindeutig geäußert. Wir dürfen uns dem parlamentarischen Diskurs nicht verweigern. Das würde den Wählern dieser Parteien nicht gerecht. Aus unserer Sicht müssen wir uns mit den Positionen und deren parlamentarischen Vertretern auseinandersetzen. Dieser Diskurs muss aber inhaltlich begründet sein. Für mich ist aber auch klar, wir werden nicht mit Parlamentariern sprechen, die rassistische, antisemitische oder menschenverachtende Aussagen in die öffentlichen Debatten tragen.

Armutsbekämpfung: verfestigte Armut verhindern

Seit langem beobachten wir, dass sich Armut tendenziell verfestigt. Es ist schwieriger geworden, sich aus materieller Armut oder sozialer Isolation zu befreien. Armuts politik muss hier ansetzen, präventiv agieren, soziale Mobilität stärken und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen unterstützen. Das geplante Teilhabechancengesetz, das die Eingliederung von

Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt erleichtern soll, ist von daher ein wichtiges Signal, bei aller berechtigten Kritik an den konkreten Regelungen.

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat den Zusammenhang von schlechten Bildungschancen und Armut aufgezeigt. Von daher liegt im Bildungssystem ein weiterer Schlüssel, um mehr Chancengerechtigkeit zu realisieren. Die Caritas-Bildungsstudie erfasst jährlich die Zahl derjenigen Jugendlichen, die ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen. Dabei zeigen sich ganz erstaunliche Unterschiede zwischen Kreisen, in denen mehr als jedes 10. Kind, und Kreisen, in denen nur jedes 50. Kind die Schule ohne Abschluss verlässt. Als erfolgreich haben sich Kooperationsstrukturen zwischen den Beteiligten, frühe, präventive Unterstützung der Kinder und ihrer Familien, verlässliche Schulsozialarbeit, intensive Begleitung schulmüder Jugendlicher, sowie eine frühe Berufsorientierung erwiesen. Dort, wo Verantwortliche vor Ort an einem Strang ziehen, gelingt es weit besser die Bildungschancen von jungen Menschen zu erhöhen.

Zur präventiven Ausrichtung der Armutspolitik gehören auch die Stärkung von Familien und die Bekämpfung von Kinderarmut. Mit der Integration von SGB II-Leistungen und sonstigen Transfers (wie z.B. dem Kinderzuschlag) in ein einheitliches Transfersystem, sollte verhindert werden, dass Eltern wegen ihrer Kinder SGB-II-Leistungen beantragen müssen. Außerdem müssen unterstützende Angebote wie Frühe Hilfen, sozialpädagogische Familienhilfen sowie Erziehungs- und Lebensberatung flächendeckend ausgebaut werden. Wir brauchen ein Netz befähigender Angebote, auch außerhalb der Schule, wie Sportangebote oder Musikvereine. Städte, die beispielsweise für den Schwimmbadbesuch kostendeckende Eintrittspreise verlangen, schließen arme Familien aus. Es muss uns aufhorchen lassen, wenn weniger Kinder – darunter viele arme Kinder – heute nicht mehr schwimmen lernen. Aber nicht nur Kinderarmut, auch Altersarmut ist ein Feld, wo die Politik in der Verantwortung steht. So fordert der Deutsche Caritasverband eine bessere Absicherung von Risiken der Altersarmut. Hierzu gehört eine nachhaltige Reform des Rentensystems.

Im Laufe der Diskussionen der Delegiertenversammlung, auch mit von Armut betroffenen Menschen wurde immer wieder deutlich, wie eng die drei Schwerpunktthemen Armut, Populismus und Digitalisierung mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verknüpft sind. Umso wichtiger ist es, diese zu bearbeiten und nicht immer neue Empörungsszenarien zu entwickeln.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident